

## **3471. Tagung des RATES DER EUROPÄISCHEN UNION (Bildung, Jugend, Kultur und Sport)**

### **TAGUNG AM MONTAG, DEN 30. MAI 2016**

Österreich wurde durch **Frau Bundesministerin Dr. Karmasin** vertreten.

#### **1. Annahme der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde angenommen. Der **VS** sprach kurz das Triofrühstück an, bei dem man die „Life Skills“ erörtert habe. Diese Skills wären für junge Menschen von besonderer Bedeutung, um damit Fertigkeiten zu entwickeln. Man habe zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Gesellschaft grundsätzlich unsicherer werde, wobei zu beachten sei, dass es positive wie auch negative Herausforderungen in der Gesellschaft gebe.

#### **Beratungen über Gesetzgebungsakte** **(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)**

#### **2. (ggf.) Annahme der Liste der A-Punkte**

Die A Punkte wurden angenommen.

#### **Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten**

#### **3. (ggf.) Annahme der Liste der A-Punkte**

Die A Punkte wurden angenommen.

### **JUGEND**

#### **4. Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Rolle des Jugendsektors bei einem integrierten und bereichs-übergreifenden Ansatz zur Prävention und Bekämpfung der in Gewaltbereitschaft mündenden Radikalisierung junger Menschen** **- Annahme**

Der **VS** führte in das Thema ein, dieses stünde insbesondere aufgrund der jüngsten Anschläge in Europa ganz oben auf der Agenda. Die gewalttätige Radikalisierung habe schlimme Auswirkungen auf Familie und Gesellschaft, ein sektorübergreifender Ansatz wäre notwendig, um dadurch die gewalttätige Radikalisierung zu bekämpfen. Als jüngste Initiative habe man einen Sonderbeauftragten gegen Extremismus ernannt. Dieser solle unter Einbeziehung der relevanten Akteure Strategien gegen Extremismus erarbeiten. Die Ergebnisse dieser Arbeiten würden nach deren Abschluss auf EU Ebene vorgelegt werden.

**Kom. Navracsics** erläuterte, die Ratsschlussfolgerungen würden die bedeutende Rolle der Jugendarbeit anerkennen, Jugendarbeit und Jugendorganisationen hätten schon an sich einen hohen Stellenwert um Netze bei Eltern, Geschwistern, Altersgenossen und relevanten Akteuren wie Lehrern, Hochschullehrkräften, Sozialarbeitern oder

Jugendbetreuern zu bilden. Jugendarbeiter könnten dabei Brücken in der Gesellschaft bauen und seien wichtige Partner für die Berufskreise. Die vorliegenden Ratsschlussfolgerungen betonten den sektorübergreifenden Ansatz deutlich. Sie wären eine gute Basis für künftige Arbeiten, und unterstützten weiters dabei die Deklaration von Paris umzusetzen. Der Austausch von besten Praktiken sowie die Expertengruppen zur Bekämpfung von Radikalisierung seien wesentliche Elemente dieser Schlussfolgerungen, dadurch könne man einerseits Radikalisierung bekämpfen aber auch die Medienkompetenzen junger Menschen weiter entwickeln.

Der **VS** stellte daraufhin einen Konsens aller Delegationen fest, der Rat nahm sodann die Ratsschlussfolgerungen einstimmig an.

**5. Die Rolle der Jugendpolitik und des Jugendsektors bei einem integrierten Ansatz zur Unterstützung junger Menschen bei der Persönlichkeitsbildung - Orientierungsaussprache  
(Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates [Vorschlag des Vorsitzes])**

Der **VS** erläuterte den Kontext der Ministeraussprache, junge Menschen seien, was Ausgrenzung, Marginalisierung und Radikalisierung angehe, besonders anfällig. Es sei daher bedeutend anzuerkennen, dass die einzelnen Faktoren, die Auswirkungen auf ihre Identitätsentwicklung haben, zu komplex wären als dass sie Eltern, Jugendarbeiter oder Lehrer alleine angehen könnten. Aus diesem Grund seien Netze notwendig, die die Eltern, Familien, Lehrer und sonstige Jugendarbeiter zusammenbrächten. Es bedürfe eines integrierten, sektorübergreifenden Ansatzes, durch den solche Netze entstehen könnten. Man müsse nun überlegen, wie dieser Ansatz wirksam gestaltet werden könne, damit alle Beteiligten wirksam zusammenarbeiten könnten. Fraglich sei noch, wie man dies durch politische Maßnahmen ergänzen könne. Die Minister hätten viel auszutauschen und könnten voneinander lernen, die Rolle der Jugendpolitik müsse derart gestaltet sein, dass dadurch sektorübergreifende Assets entstehen könnten, die auf den Erfahrungen einzelner MS aufbauten. Dies sei der Kern dieser Ministerdebatte, dazu habe der VS auch ein Kompendium mit Beiträgen der MS erstellt, welches einen guten Eindruck über diese Netze in den MS gebe. Es würden darin auch politische Maßnahmen angeführt werden, die sich auf einige Sektoren bezögen und beste Praktiken der MS darstellten. Vieles könne als Inspiration für eine positive Identitätsentwicklung dienen, wie das Beispiel FI gut darstelle. Dort habe man Orte eingerichtet, an denen sich Jugendliche zusammenfinden könnten um zu diskutieren. Es gebe auch Zentren, in denen persönliche Berufsberatung und Beratung zur Entwicklung persönlicher Kompetenzen angeboten werden unter Beteiligung des öffentlichen und des privaten Sektors wie beispielsweise in BE oder in CY. Diese Beispiele würden belegen, dass es derzeit schon funktionierende Netze gebe, wo sich Jugendliche zusammenfinden könnten und eine positive Identitätsentwicklung gefördert werde. Durch dieses Zusammenbringen junger Menschen an Orten, wo sie ihre Zweifel diskutieren könnten, könne Radikalisierung verhindert werden. Der VS habe zu diesem Thema auch ein Hintergrunddokument erstellt, dessen zwei Fragen bei ggst. Aussprache erörtert werden sollten. Zur Stimulation der Diskussion habe man einen Gastredner eingeladen, Herr Stijn Sieckelinck ein Universitätsprofessor in den NL.

**Sieckelinck** führte aus, er selbst habe sich mit dem Jugendbereich lange beschäftigt und wolle nun erläutern, wie man eine positive Identitätsentwicklung bei jungen Menschen fördern könne. Zwar sei das Thema sehr aktuell, zugleich seien diese Fragen aber nicht neu. Schon Plato habe festgehalten, dass Vieles, was ein Jugendlicher aktuell meine, bald nicht mehr seiner Meinung entsprechen würde, deshalb solle sich ein

Jugendlicher zurückhalten und nicht als Richter auftreten. Wenn man jungen Menschen sage, sie sollten etwas nicht tun, dann reiche das noch nicht, sie wirklich davon abzuhalten. Der diesbezügliche Erfolg hänge davon ab, dass man diesen jungen Menschen noch etwas anderes anbieten könne, was sich lohne. Die Forschung zeige, dass jeder Jugendliche ein Held in seiner eigenen Lebensgeschichte sein wolle. Jeder junge Mensch wolle sich auch bedingungslos geliebt fühlen und einen Grund für bzw. einen Sinn in seinem Leben haben. Ein junger Mensch frage sich daher, was in seinem Leben lebenswert sei, junge Menschen versuchten jemand zu werden, sie suchten nach einer Identität, dies könne auch zu destruktiven Verhaltensweisen führen. Europa habe im Vergleich zu anderen Kontinenten eine hohe Lebensqualität, wofür man dankbar sein müsse, dennoch sei es nicht gelungen einen Kontext im Rahmen der Ausbildung und der Bildung zu schaffen in dem diese Anliegen ernst genommen würden. Es sei nicht gelungen in dem schwierigen sozioökonomischen Umfeld eine Identität zu finden und daher müsse man mehr tun und sich mehr einbringen, damit es im Zuge der Identitätssuche nicht zu Entgleisungen komme. Es gebe einige Projekte in der Jugendarbeit die Sieckelinck im weiteren Verlauf ausführte. Die Aussage eines Polizisten beispielsweise gegenüber eines jungen Mannes, er sei kein richtiger Moslem habe dazu geführt, dass sich dieser junge Mensch noch stärker damit beschäftigt habe, wofür er wirklich stehe. Es komme zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, die Polarisierung in der Gesellschaft werde immer größer, junge Menschen stünden unter Druck von verschiedenen Seiten, die öffentliche Meinung sei immer polarisierender, extremistische Gruppen vermittelten Ideale. Eine französische Philosophin sagte, man stehe vor großen Herausforderungen für den Einzelnen und für die Gesellschaft, die Polarisierung führe zu einem ständigen Kampf um die Herzen und Köpfe unserer jungen Menschen. Man werde diesen Kampf zu online und offline Alternativen verlieren, die oft attraktiver seien und spannender klingen und mehr Vorteile aufweisen würden. Man müsse dagegen ankämpfen, Politiken müssten noch attraktivere, reinere und spannendere Angebote machen und auch darauf hinweisen, dass Demokratie für Kompromisse stünde. Um eine ausgewogene Identität entwickeln zu können, müsse in lokale Beziehungen mit einem auf Stärke gestützten politischen Rahmen investiert werden. Um das Entgleisen bei der Identitätsentwicklung zu vermeiden, müsse man in die diversen Stakeholder investieren und Koalitionen bilden und Räume schaffen, wo die Jugendlichen Kompetenzen erwerben könnten und mit Illusionen oder Enttäuschungen umgehen lernten. Dafür benötigte man eine sichtbare Gruppe von Erwachsenen (z.B. Jugendarbeiter), die alle die gleichen Ziele verfolgten und wüssten, wie wichtig der jeweils andere sei. Diese Akteure müssten nicht unbedingt die gleichen Werte teilen, solange sie in der Lage seien zusammenzuarbeiten. Im Kern der Idee stünden besondere Arten von Beziehungen, es ginge um moralische Autorität, Jugendliche wollten Führungsrollen bei den Erwachsenen und Teilhabe an demokratischen Erfahrungen. Es müsse auch klar sein, wie man einer Sache widerstehen könne, mit der man nicht einverstanden sei. Die angesprochene Koalition müsse ganz an vorderster Front funktionieren, als Barriere zwischen öffentlicher Meinung und Jugendlichen auf der einen Seite und Propaganda auf der anderen Seite. Solche Koalitionen würden sich nicht vor Radikalität fürchten sondern ermöglichten es, dem Jugendlichen Kontakte über andere zu haben mit dem Schwerpunkt der Identitäten, die man so entwickeln könne. Zusammenfassend ließe sich sagen, dass jeder Jugendliche Resistenz entwickeln müsse gegen eine Behandlung, die ihm ungerecht erscheine und als Teilnehmer mitgestalten solle, was sein Leben selbst bestimmen könne.

**FBM Dr. Karmasin** verwies auf den österreichischen, integrierten ganzheitlichen Ansatz im Bereich der Deradikalisierung. Am 1. Dezember 2014 habe man die Beratungsstelle Extremismus ins Leben gerufen, die diesem gesamtheitlichen Konzept der angenommenen Ratsschlussfolgerungen entspreche. Diese biete für Jugendliche, Eltern, Lehrer/-innen, Jugendarbeiter/-innen und Sozialarbeiter/-innen etc. eine

Ansprechstelle falls Auffälligkeiten im sozialen Umfeld, in der Familie oder in der Klasse bzw. Schule auftreten würden. Die Beratung erfolge in erster Linie telefonisch, es würden Beratungsgespräche am Telefon oder aber auch mittels Beratung vor Ort durchgeführt werden bzw. würden auch Informationsmaterialien versandt.

Wichtig wäre auch, dass mobile Beratungsteams existierten, wenn in einer Krisensituation die Notwendigkeit bestehe, könnten diese mobilen Beratungsteams sofort in Haushalte oder an die Schule gehen. Die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen und Institutionen wäre sehr wichtig, auch was die Familienberatungsstellen angehe - man habe 400 Familienberatungsstellen über ganz Österreich verteilt - aber auch mit der offenen Jugendarbeit - die Beratungsstelle Extremismus kommt aus der offenen Jugendarbeit - und die Zusammenarbeit mit Schulen und mit Hochschulen.

Wichtig wäre insbesondere die Präventionsarbeit, bei der man nicht nur Anrufe entgegennehme, sondern auch auf Trainings und Workshops setze. Man habe bereits 170 Workshops in Schulen und Jugendzentren abgehalten um präventiv aufzuklären. Die Beratungsstelle wäre kostenlos und anonym nutzbar und würde in sechs Sprachen von Jugend- und Sozialarbeitern und Psycholog/-innen durchgeführt. Bei Bedarf würden Fälle auch an die Polizei übermittelt werden, dies wäre national aber erst in wenigen Fällen geschehen. Auch international bzw. im europäischen Kontext – Stichwort London aber auch mit Kanada- würde ein reger Austausch erfolgen, wie dort die Beratungsstellen funktionierten. Auch auf regionaler Länderebene, wie beispielsweise bei der Landesjugendreferentenkonferenz, habe man Beispiele und Erfahrungen ausgetauscht. Dieses Konzept laufe sehr gut, man habe bislang 1200 Anrufe und Beratungsfälle, die nicht nur einmalig, sondern auch mehrfach stattfänden. Man wolle dieses Konzept auch weiter führen und auch den außerschulischen Jugendsektor über die Schulen, Familien, Jugendzentren, Sport- und Kultureinrichtungen stark einbinden. Die größte Zukunftsherausforderung in diesem Bereich wäre, dass man die gleichen Mittel zur Verfügung gestellt bekomme, was derzeit so budgetiert wäre, aber auch die Anerkennung und Achtung der Jugendarbeiter/-innen in diesem sehr wertvollen Projekt.

**FR** erläuterte, eine Persönlichkeit zu entwickeln sei ein komplexer Prozess, man müsse im Respekt den anderen gegenüber erwachsen werden, damit stelle man die Weichen für den Rest des Lebens. 71 junge Franzosen seien in Syrien zu Tode gekommen, 171 wären in FR ums Leben gekommen. Die öffentliche Seite müsse hier eingreifen und die Infrastruktur bieten, die die Jugendlichen verwenden könnten, um eine andere Wahl für ihr Leben zu treffen. Dazu habe man national Ansatzpunkte gefunden. Der erste Punkt sei Arbeit, FR würde Berufseinsteigerarbeitsplätze für junge Menschen weiter anbieten und ausweiten, damit junge Menschen arbeiteten und einen Sinn im Leben sehen würden, um nicht Opfer von Radikalisierung zu werden. Weiters benötigten diese jungen Menschen Unterkunft, einen Freundeskreis und sie wollten darüber hinaus auch international mobil sein. Auch wolle man mit den weiteren Akteuren, insbesondere den Vereinen und sonstigen Organisationen zusammenarbeiten, von denen es 1,3 Mio in FR gebe. Zur Beratung der Jugend sei ein Rat direkt im Ministerium eingerichtet worden, dort veranstalte man kleine Parlamente mit den Jugendlichen, die aus dem ganzen Land anreisten. Die Jugendarbeit und die Jugendpolitik müssten in alle Politikbereiche hineinwirken, damit sich die Jugendlichen angesprochen fühlten und ihre Beiträge leisteten. Da es sich um eine Querschnittsmaterie handle, habe man eine Klausel für die Jugendpolitik beschlossen, die in alle Regierungsarbeiten eingebaut werde. Auch auf der europäischen Ebene strebe man ein Mainstreaming an, wie sich die europäischen Politiken auf die Jugendlichen auswirkten. Erasmus + und der europäische Freiwilligendienst müssten ausgebaut und erweitert werden. Jugendlichen eine Zukunft zu ermöglichen, bedeute ihnen Infrastruktur zur Verfügung zu stellen und Chancen zu gewähren. Es müsse auch der richtige Rahmen geschaffen werden, um sich zu emanzipieren und sich als Teil der Gesellschaft zu fühlen. Gemeinsam mit BE wolle man

eine Erklärung zur Prävention der Radikalisierung unterzeichnen, damit wolle man den politischen Willen der Zusammenarbeit hervorheben. Am 9. Mai habe der FR Premierminister einen Aktionsplan zur Bekämpfung der Radikalisierung und des Terrorismus vorgestellt, dort habe man 80 konkrete Maßnahmen aufgelistet, diese würden an die EK und die übrigen Delegationen verteilt werden.

**PG** verwies auf seine neuen internen Strukturen, Bildung, Jugend, Kultur und Sport seien in einem Ministerium zusammengefasst. In der Jugendpolitik verfolge man einen sektorübergreifenden Ansatz, es gebe ein nationales Reformprogramm im Bereich Bildung, Beschäftigung, Sport, Wirtschaft, soziale Sicherheit, Landwirtschaft und Fischerei. In den vergangenen Jahren habe man immer davon gesprochen, dass die Jugend die Zukunft sei, zugleich habe man aber von der verlorenen Generation gesprochen. Man könne nicht immer von Jugendlichen sprechen und dann nichts unternehmen, man müsse heute Maßnahmen ergreifen um die heutigen Probleme zu lösen. Man müsse sich darauf konzentrieren die Jugendstrukturen zu integrieren. Man begrüße den pragmatischen Ansatz der Jugendlichen, die ohne europäische Grenzen aufgewachsen seien und nun feststellen müssten, dass wieder Grenzen entstünden auch deshalb müsse man die europäische Identität fördern. Zwar werde immer wieder argumentiert, dass die Ressourcen begrenzt seien, jedoch müsse man sich fragen, wieviel mehr es kosten würde, wenn die jüngeren Generationen nicht vorankämen. Deshalb müsse man die Schaffung von informellen Netzen fördern und sich an die Schulen wenden. Das PG Ministerium habe bereits Initiativen gestartet, um auch Maßnahmen außerhalb des Lehrplanes anbieten zu können. Dies seien einfache Maßnahmen, es sei aber oftmals so, dass komplexe Probleme einfach zu lösen wären.

**SI** habe eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, um junge Menschen in die Gestaltung der Politik einzubinden, die sich auf ihre Lebensbereiche auswirke. Man habe eine Jugendplattform geschaffen, die junge Leute intensiver in das öffentliche Leben einbinden würde und ihre Partizipation fördere. Die Gesellschaft ändere sich laufend, aus diesem Grund müsse man die Maßnahmen auch laufend aktualisieren, Problemsituationen könnten quasi über Nacht entstehen. Man habe beispielsweise ein Pilotprojekt in einer Jugendbildungsinstitution „Planina“ geschaffen, junge Menschen, die bereits einmal verhaltensauffällig und auch gewalttätig geworden seien, würden dort zusammengebracht und organisiert und man lasse sich von ihnen deren Probleme im Leben erklären, damit man auch richtig reagieren könne. Denn nur so könne man effiziente Programme planen, junge Menschen stellten viele Fragen, diese könne man auch nicht immer beantworten, auch könne man nicht immer allen Wünschen entgegenkommen. So habe man zumindest eine Plattform geschaffen, in der man darüber sprechen könne, um Maßnahmen so zu gestalten, dass sich junge Menschen darin wiederfänden. Dann gebe es noch die Masse derjenigen, die man weder sehe noch höre. Identitätsbildung wäre etwas sehr Komplexes, man wolle eine offene, tolerante Gesellschaft schaffen, deshalb müssten auch die jungen Leute in diesem Sinne erwachsen werden. Radikalisierung und Fremdenfeindlichkeit müssten bekämpft werden. Junge Leute sollten sich nicht so einfach von einfachen Wahrheiten verführen lassen, daher müsse man das alles in der formellen und informellen Bildung einbauen. Bei der informellen Bildung wäre das EU Jugendprogramm eine Hilfestellung, dort könne man verschiedene Sektoren miteinander verknüpfen. Man müsse auf jeder Ebene die Sichtbarkeit der einzelnen Sektoren aufrechterhalten und dürfe nicht immer nur die Querschnittsbereiche bearbeiten. Man wolle auch für die Jugendarbeit Standards erstellen, dabei aber auch auf Kenntnissen von anderen Sektoren aufbauen. Auf der Mikroebene funktioniere die Einbindung recht gut, auf der Makroebene könne noch etwas getan werden, daher wolle man den Top Down und den Bottom Up Ansatz miteinander kombinieren.

**SE** wollte allen jungen Leuten dieselben Chancen und dieselben guten Zukunftsaussichten zukommen lassen. Jugendliche müssten an der Gesellschaft teilnehmen und sich eine Zukunft aufbauen, deshalb müssten sie bei der politischen Gestaltung auch irgendeine Form von Einfluss haben. Man sei davon überzeugt, um jungen Menschen auch geeignete Zukunftsaussichten bieten zu können, müsse man an die Themenstellung holistisch herantreten. Junge Menschen müssten auch Einfluss ausüben können auf das, was in der Gesellschaft passiere. Jugendliche wollten jemanden, der ihnen zuhöre, ihnen helfe, sie unterstütze, jemand, der Verständnis für die Problematik der Jugendlichen habe, mit ihnen persönlich spreche und gemeinsam nach Lösungen suche und sie freundlich aufnehme. Partizipation hänge stark vom Alter, dem Hintergrund und dem Geschlecht ab, jeder wolle mit seiner Identität willkommen sein. Es existierten viele Möglichkeiten bei der Persönlichkeitsbildung junger Menschen Hilfestellung zu leisten, sodass sie Vertrauen in sich selbst entwickelten. Jeder könne mit seinem spezifischen Hintergrund, seiner Kultur, seiner Erfahrung beitragen, man könne mit der EK zusammenarbeiten oder peer Learning in Arbeitsgruppen betreiben. Man könne sich aber auch für die Einbindung von Jugendlichen kreativere Ideen einfallen lassen.

**DK** merkte an, die Initiativen für die Jugendpolitik würden normalerweise auf lokaler Ebene getroffen, es sei aber dennoch interessant sich auszutauschen. National wolle man möglichst konkrete Netze aufbauen. Auf lokaler Ebene funktioniere das auch ganz gut, man müsse aber holistisch an die Aufgabenstellung herantreten und Eltern, Jugendliche, Jugendarbeiter und Lehrer müssten eingebunden werden, man müsse konkrete Aktivitäten anbieten. Es ginge um mehr als die Bekämpfung der Radikalisierung, Jugendliche sollten die Jugendpolitik mitgestalten können. Man müsse mit Jugendlichen konkret reden, da diese konkrete Probleme hätten und nicht nur theoretische.

**HU** verwies auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche der europäischen Union, die diese vor bisher noch nie dagewesene Herausforderungen stellten, die man nur gemeinsam lösen könne. Auch aus diesem Grund müsse man auf die demokratischen Werte eingehen, es sei wichtig, dass die positive Identitätsbildung unterstützt werde, damit die jungen Menschen resistent gegen Verführungen und Radikalisierung werden. Auch in HU habe man horizontale Fachpolitiken entwickelt, in denen versucht werde, dass jeder Jugendliche die Möglichkeit bekomme eine positive Identität und ein positives Selbstbild zu entwickeln. Deshalb benötige man auch ein positives Umfeld, sodass auch die Rahmenbedingungen gegeben seien. Die nationale Regierung habe diesbezüglich sehr viele Maßnahmen ergriffen, 2011 hätten beispielsweise das Ministerium für die Humanressourcen sowie die großen kirchlichen Einrichtungen ein Protokoll angenommen um verschiedene gesellschaftliche Randgruppen besonders zu unterstützen wie beispielsweise die Romagruppe. Auch existierten Gemeindeinitiativen, bei denen über die zur Verfügung Stellung von Räumen die Jugendlichen samt deren soziales Umfeld inklusive der Eltern erreicht werden könnten. 2008 habe das Parlament ein umfassendes gesellschafts- und wirtschaftspolitisches nationales Talentprogramm als Rahmenprogramm für die Jugendlichen geschaffen, dadurch könnten zwischen 300.000 und 350.000 Jugendliche jährlich unterstützt werden. Zur Durchführung dieses Programmes sei ein Koordinierungsforum eingerichtet worden dem der nationale Bildungsminister gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Talentrates und dem Vorsitzenden der Wissenschaftsakademie vorstehe. Finanziert werde dieses Programm aus 1% Steuer, welche die Bürger selbst in deren Steuererklärung einer gewissen Institution widmen könnten, und dem nationalen Budget.

**DE** verwies auf 2 größere Studien im Bereich der 12 bis 27ig Jährigen, diese seien sehr ermutigend gewesen. Junge Leute seien an stabilen, sozialen Bindungen interessiert, Werte wie Toleranz, Weltoffenheit und Demokratie seien ihnen wichtig. Auch die innerdeutsche Kommentierung sei derart gewesen, dass die langläufige Kritik an jungen Leuten, wie sie üblicherweise geäußert werde, eigentlich gar nicht so gerechtfertigt sei. Dabei sei das nicht selbstverständlich, Demokratie beispielsweise werde nicht vererbt, sie müsse in jeder Generation neu gelernt werden. Deshalb sei es wichtig, jungen Leuten demokratische Werte zu vermitteln und sie an den Entscheidungen der Gesellschaft, der Politik und am Staat teilhaben zu lassen. Selbst versuche man dies konsequent in allen politischen und gesellschaftlichen Feldern, damit eine Teilnahme an den Entscheidungen möglich sei und diese auch nachvollziehbar seien, wenn man einmal nicht damit einverstanden sei. Gesellschaftliche Teilhabe wäre das eine, das für die Identitätsbildung wichtig sei, das andere sei eine berufliche Ausbildung damit Jugendliche ihre Ideale und Ziele verfolgen könnten. Man habe national versucht, diesen schwierigen Übergang von schulischer zu beruflicher Ausbildung neu zu gestalten in dem man eine Jugendberufsagentur eingerichtet habe. Man wolle Schule und Arbeitsplatzwahl enger zusammenbringen damit dies aus einer Hand funktioniere, damit Jugendämter, Arbeitsagenturen und Schulbehörden besser zusammenarbeiten würden um die richtige Ausbildung bzw. das richtige Studium für alle jungen Leute zu finden. Trotz guter Rahmenbedingungen gingen ca. 5% aller Jugendlichen in Deutschland ohne Schulabschluss aus dem Schulsystem ab, trotz großer Anstrengungen könne diese Zahl nicht verringert werden. Daher müsse man auch für diese Jugendlichen eine Perspektive schaffen.

**RO** replizierte auf die Ausführungen des Gastredners, dass Jugendliche gerne die Helden ihrer eigenen Lebensgeschichte seien, auf diesen Ausführungen wolle man in der eigenen Rede nun aufbauen und die Geschichte eines anderen Jugendlichen erzählen mit Namen Andrej, der nicht wirklich mit dem System zurechtgekommen sei. Er sei auf eine Jugendarbeiterin getroffen, die ihm erklärte, dass seine getätigten Äußerungen seiner Persönlichkeit nicht entsprächen. Durch den Kontakt mit der Jugendarbeiterin habe sich seine Persönlichkeit geändert, er sei daraufhin im ganzen Land herum gereist und habe Jugendlichen von seinem Wandel erzählt, wie er aus seiner ursprünglichen Haltung etwas Positives für die Gesellschaft gemacht habe. Zurück zur Fragestellung des VS müsse man sich überlegen, wie die Lebensgeschichte der Personen aussehe, über die man sich in dieser Diskussion unterhalte. Einstellungen von Jugendlichen könnten nicht über Nacht geändert werden, man benötige Verständnis sowie ein offenes Ohr und Geduld. Zur Beeinflussung der Einstellung müsse man langfristig denken. National konzentriere man sich auf Volontariate, soziale Einbindung und non formales Lernen. Auch wolle man heuer das Jugendgesetz umgestalten, das für die Jugendlichen gestaltet worden sei und nicht mit den Jugendlichen. Man habe den Jugendlichen die vergangenen 6 Monate zugehört, was sie sich von der Politik wünschten, die Rückmeldung sei gewesen, dass junge Menschen sich Räume wünschten, wo sie sich treffen könnten um ihre Energien abzubauen, sich für die Gesellschaft einsetzen und wo sie Ziele verfolgen könnten, die ihnen wichtig wären. Ein internationaler Austausch bester Praktiken sei ebenso wichtig. National gebe es jährlich ein Treffen in jeder Region mit Jugendlichen, bei dem man auf deren Wünsche und Hoffnungen eingehe. Eine Europäische Datenbank iZm der Jugendarbeit würde ebenfalls einen europäischen Mehrwert liefern, dort könne man versuchen den Beruf des Jugendarbeiters zu definieren um diese Berufsgruppe anschließend zu vernetzen.

Die **SK** Aktivitäten im Jugendbereich fielen in den Zuständigkeitsbereich unterschiedlicher Ministerien, daher benötige man einen holistischen Ansatz für die Jugendpolitik sowie eine gute nationale Zusammenarbeit. Zur besseren Zusammenarbeit habe man eine interministerielle Arbeitsgruppe für Jugendpolitik eingerichtet, die

regelmäßig tage und Ziele im Jugendbereich vorschlage und überprüfe, ob diese Ziele erreicht worden seien. Die Gruppe sei im Zusammenhang mit der Jugendstrategie eingerichtet worden. Ein positives Beispiel von integrativen Netzen sei die Zusammenarbeit von Jugendorganisationen, Arbeitsämtern und weiterführenden Schulen zur Vorbereitung der Karriere der jungen Menschen.

**IE** sprach die Herausforderungen für die Jugendlichen in Europa an, Jugendliche müssten zu allererst herausfinden, wer sie selbst seien, sie seien sehr innovativ. Man sollte Jugendliche selbst befragen und mit ihnen eine Jugendstrategie ausarbeiten, dies habe man in IE im vergangenen Jahr gemacht, dabei habe man mit über 2000 Jugendlichen diskutiert. In dieser Jugendstrategie seien Schlüsselziele festgehalten worden, damit junge Menschen aktiv und gesund seien, ihr volles Lernpotential ausschöpfen könnten und vor Schaden geschützt würden. Schwierigkeiten in einzelnen MS könnten durch sektorübergreifende Zusammenarbeit behoben werden, insbesondere im Jugend- und Bildungsbereich müsse über Grenzen hinweg zusammengearbeitet werden. Jugendliche seien das Potential der Gesellschaft, sie sollten aktive Bürger werden, man müsse aber auch ihre Unterschiede hervorheben.

**LV** verwies auf die Notwendigkeit von Zugehörigkeitsgefühl um im Leben die richtigen Entscheidungen treffen zu können. Man müsse Chancen für die Jugendlichen schaffen, um deren Teilhabe zu sichern, damit sie sich zuhause fühlten. Sektorielle Zusammenarbeit wäre in diesem Zusammenhang nicht nur national sondern auch regional besonders wichtig. Um dies zu testen und weiter zu entwickeln, habe man zwei Projekte geschaffen, ein Projekt konzentriere sich auf die Gruppen von Jugendlichen mit spezifischen Bedürfnissen ein anderes um den Schulabbrechern vorzubeugen. Dabei fokussiere man auf Bildungs- und Ausbildungssektoren, die zusammenarbeiten sollten damit Jugendliche ihr Potential verstehen könnten und damit man die traditionelle Schulbildung diversifizieren könne. Was die Umsetzung angehe, müsse man die Kompatibilität der unterschiedlichen Sektoren verstehen, man müsse ein Rollenmodell kreieren, welches in den einzelnen Gemeinden übernommen werden könne unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Strukturen in diesen Gemeinden. Aus diesem Grund sei Flexibilität bei diesem Ansatz wichtig.

**PL** erläuterte, Aufwachsen und Älter werden bedeute, dass man für sich selbst und sein Umfeld Verantwortung übernehmen müsse. Die Jugendpolitik drücke sich in unterschiedlichen Rechtsformen aus, unterschiedliche Akteure wie Lehrer, Sozialarbeiter, Jugendorganisationen und Nicht-Regierungsorganisationen wären in diesem Zusammenhang bedeutend. Sofern besondere Unterstützungsmaßnahmen notwendig seien, nutze man Sondereinrichtungen, die Integration von Jugendlichen sei besonders wichtig. Auch existiere ein nationaler Aktionsplan, der vom nationalen Bildungsministerium umgesetzt werde, dort werden insbesondere der Jugendaustausch und Bildungsinitiativen in einem multikulturellen Umfeld gefördert. Die Umsetzung dieses sektorübergreifenden Ansatzes bringe Herausforderungen mit sich wie die Koordinierung dieses Prozesses oder die Ansprache der größtmöglichen Zielgruppe. Auf europäischer Ebene sei der Austausch von bewährten Praktiken besonders wesentlich ebenso wie der Dialog mit den Jugendlichen.

**MT** sprach die Entwicklung der EU Jugendidentität an, die ausschlaggebend sei um das positive Engagement in einer demokratischen Gesellschaft zu fördern. Die sektorübergreifende Zusammenarbeit sei ein wesentliches Element um dieses Ziel zu erreichen. Die nationale Jugendpolitik fuße auf der Solidarität der Jugendlichen, der Familien und der Gemeinschaften. Um eine aktive Teilnahme der Jugendlichen zu gewährleisten bedürfe es eines strategischen Ansatzes. Man konzentriere sich auf Jugendarbeit, Dienstleistungen für Jugendliche und eine sektorübergreifende



Unterstützung für Jugendliche. Zur Umsetzung dieses sektorübergreifenden Ansatzes versuche die Politik insbesondere Netze unter Beteiligung der Stakeholder aufzubauen. Einer der nationalen Aktionspläne betreffe Kunst und Kultur, dieser werde sektorübergreifend umgesetzt. Dabei würden die künstlerischen Fähigkeiten der Jugendlichen gefördert und Kulturbewusstsein geschaffen. Dieser Ansatz gehe davon aus, dass Jugendliche sich an der Kunst beteiligen sollten, dadurch könne man ein integriertes Umfeld anbieten, in dem Jugendliche reale Lebenserfahrungen sammeln könnten. Dadurch könnten sie emotional und intellektuell besser mit Problemen umgehen. Ziel sei es einen neuen Raum zu schaffen, damit junge Menschen neue Lebensformen in Diversität ausprobieren könnten. Man sei überzeugt, dass junge Menschen, die an solchen Initiativen teilnehmen würden auch von Familie und Freunden sowie den Lehrern unterstützt würden. Initiativen im künstlerischen Bereich wären sehr zeitaufwendig, man benötige auch Finanz- und Humanressourcen. Zusammenarbeit und Peer Learning zwischen den MS seien ausschlaggebend um neue Netze aufbauen zu können und Chancen für Jugendliche zu schaffen.

**EL** hielt fest, die Wirtschaftskrise habe die jungen Menschen in Europa viel stärker getroffen als den Rest der Gesellschaft. Die Arbeitslosigkeit sei das Hauptproblem, es gelinge der Politik nicht, die breitgefächerte Politik zu gestalten, die notwendig sei um das Problem zu lösen, dies sei die Herausforderung für die Jugendpolitiken. Man müsse es auch mit den geringen Mitteln schaffen, eine negative Entwicklung in der Identitätsbildung der Jugend zu verhindern. Man müsse Jugendlichen helfen mehr Kompetenzen zu entwickeln, Jugendlichen müssten Grundsätze und Werte vermittelt werden, dies helfe ihnen sich in verstärktem Maße in der Gesellschaft einzubringen gleichzeitig werde es auch der Gesellschaft helfen, die Antikörper zu entwickeln die man benötige um Radikalisierung, Fundamentalismus und Ausgrenzung zu vermeiden. Dafür seien Politiken notwendig die sich auf folgende Feststellungen stützten: junge Menschen seien erstens eine produktive Kraft in der Gesellschaft schon bevor sie in die Arbeitswelt eintreten würden, man benötige zweitens Politiken, die zusammen mit den Jugendlichen gestaltet würden und nicht nur nach einer kurzen Konsultation derselben. Jugendthemen müssten drittens sektorübergreifend behandelt werden. Man richte aktuell lokale Jugendräte ein, dadurch habe man eine weitere Ebene der sozialen Integration geschaffen. Gleichzeitig habe man einen One-Stop-Shop für die Jugend eingerichtet und bereite einen nationalen Jugendkanal vor, über den Jugendliche informiert werden sollten. Die Mobilität von jungen Menschen sei ganz besonders wichtig, sei es über Erasmus oder über Freiwilligennetze, so könne das Gefühl der Brüderlichkeit unter den europäischen Jugendlichen weiter gefördert werden und europakritische Stimmen besser abgewehrt werden.

**FBM Dr. Karmasin** führte zur zweiten Frage aus, der kreative und inhaltsreiche Zugang zu diesem Thema sowie der ressourcenorientierte Teil begeistere besonders. Man wolle noch zwei Projekte hervorheben, die im Zusammenhang mit dieser ressourcenorientierten Herangehensweise stünden. Zum einen sei das das Erasmus + Programm in Österreich, dieses werde zwar sehr gut von Hochschulstudenten angenommen, nicht jedoch in der offenen Jugendarbeit. In diesem letztgenannten Bereich solle man noch stärker werben und noch niederschwelligere und unbürokratischere Zugangsmöglichkeiten einrichten. Das zweite Thema sei das Europäische Jugendorchester-EUYO, dies sei ein besonderes AT Anliegen, da in Grafenegg Veranstaltungen des EUYO durchgeführt würden. Man ersuche KOM Navracsics, dass der Fortbestand dieses Jugendorchesters weiter ermöglicht werde und wolle weitere Gespräche führen.

**IT** erinnerte an den eingebrachten Punkt „Verschiedenes“ im Kulturteil des Rates zum Europäischen Jugendorchester. Man habe national eine Abteilung für Jugendliche und

nationalen Zivildienst, diese Abteilung sei sehr aktiv in der Zusammenarbeit mit den Regionen und Gemeinden und man versuche die unterschiedlichen Fonds optimal einzusetzen um zur Entwicklung einer Identität der Jugendlichen beizutragen. Es werde auch ein Programm für Jugendliche umgesetzt mit den Schwerpunkten Jugendteilhabe, soziale Innovation, Schule für junge Administratoren und die Entwicklung der Kreativität der Jugendlichen. Unterstützung erfolge durch Investitionen in die Kreativität und in das Talent junger Menschen. Man versuche Jugendlichen die Möglichkeit einzuräumen auch die Maßnahmen beeinflussen zu können, die sie betreffen würden. Ein integrativer Ansatz werde in der Jugendpolitik verfolgt, dies geschehe insbesondere in nachstehenden Bereichen: Teilhabe der Jugendlichen mit benachteiligtem Hintergrund, Integration von Ausländern, soziales Wachstum und wirtschaftliches Wachstum in der Gesellschaft. Man arbeite mit verschiedenen Regionen zusammen um die Strukturfonds besser zugunsten der Jugendlichen einsetzen zu können. Auf Europäischer Ebene sollten Maßnahmen und Strategien entwickelt werden, die darauf abzielten bewährte Praktiken auszutauschen und um Partnerschaften zwischen den Bildungssektoren zu fördern. Umsetzung von transnationalen Projekten sei ebenfalls ein wichtiger Beitrag. Es ginge darum die Kreativität der Jugend sowie ihr Bürgerbewusstsein zu fördern.

**DE** unterstützte die AT Ausführungen zu Erasmus +, dieses Programm biete Jugendlichen Möglichkeiten auf lokaler und regionaler Ebene neue Netzwerke aufzubauen, dies sei ganz wichtig um die definierten Ziele zu erreichen, Netzwerke seien der Schlüssel für viele Aktivitäten. Aus diesem Grund unterstütze man Bestrebungen auf EU Ebene diesem Format wieder eine größere Bedeutung zukommen zu lassen.

**HR** hob die hohe Bedeutung der Unterstützung von Jugendorganisationen hervor, Prioritäten würden national in einem Jugendrat besprochen. Jugendliche könnten in ihrer Freizeit Aktivitäten setzen und so aktives Bürgertum entwickeln, Kompetenzen erlangen und Toleranz erlernen, die sie vor negativen Einflüssen schütze. Man finanziere in erster Linie Projekte mit integrierendem und sektorübergreifenden Ansatz, die Zusammenarbeit erfolge mit Schulen und sozialen Zentren, Arbeitsämtern und ähnlichen Stellen. Unterstützende Maßnahmen im Bildungssektor seien notwendig sowie in den Bereichen Menschenrechte, Multikulturismus, Frieden, friedliche Konfliktbeilegung, historische und kulturelle Identität, Unternehmertum uä. Besondere Bedeutung hätten Menschen, die sozial ausgegrenzt werden könnten, in diesem Bereich sei auch eine sektorübergreifende Koordinierung notwendig. Der Austausch bester Praktiken unter den MS könnte nationale Aktivitäten beschleunigen und verbessern.

Auch für **LU** waren sektorübergreifende Partnerschaften sehr wichtig, damit diese funktionierten, müssten sie auf lokaler Ebene auch greifen, dafür müssten wiederum die richtigen Bedingungen geschaffen werden. Man habe national die (soziale) Wohnungspolitik überprüft und dabei festgestellt, dass diese derart gestaltet gewesen sei, dass die spezifischen Bedürfnisse der Jugendlichen nicht berücksichtigt worden wären. Daher habe man eine Partnerschaft eingerichtet, um diese Bedürfnisse der jungen Menschen berücksichtigen zu können. Damit Partnerschaften funktionieren könnten, wäre es wichtig dafür einen multidisziplinären Ansatz zu verfolgen. Man stelle häufig fest, dass verschiedenste Akteure nicht unbedingt die gleichen Prioritäten hätten, wenn beispielsweise Jugendpolitik mit Sozialpolitik oder Bildung zusammenarbeiten, seien die Prioritäten nicht bei allen die gleichen. Daher müsse man zur Kenntnis nehmen, dass die positive Identitätsentwicklung nicht immer die Priorität aller Akteure sei und müsse zu aller erst für Verständnis sorgen, damit man sich gegenseitig bei der Zielerreichung unterstütze. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage der Ressourcen, die für die Jugendpolitik begrenzt seien mit abnehmender Tendenz. Partnerschaften und der sektorübergreifende Ansatz würden in der Realität oftmals als sekundär betrachtet. Auf EU Ebene könne man ebenfalls mit sektorübergreifenden

Partnerschaften arbeiten, der Austausch bewährter Praktiken sei ebenfalls essentiell. Man habe beispielsweise mit LV einen peer exchange Mechanismus eingerichtet, in dem man sich im Bereich der Jugendpolitik über Erfahrungen austausche, dieser sei ein großer Erfolg gewesen.

**CY** plädierte dafür, man müsse die Herausforderungen, vor denen man derzeit stünde auch angehen, - die Wirtschaftskrise aber auch Terrorismus und Radikalisierung, die Krise der Institutionen und viele andere Probleme. Alle Zuständigen müssten zusammenarbeiten damit den Jugendlichen geholfen werde eine Identität zu entwickeln. Das Verfolgen eines sektorübergreifenden Ansatzes sei wichtig, Bildung, Jugend, Sozialarbeit und Kultur müssten zusammenarbeiten. Die nationale Jugendorganisation sei in CY für Belange der Jugend zuständig, diese entwickle eine nationale Strategie für die Jugend, die alle Themen von Bedeutung erfasse. Auf diese Weise wolle man eine bessere Zusammenarbeit bewirken und Jugendlichen mehr Beratungsdienste anbieten können. Die verschiedensten Berufskreise sollten die Jugendlichen auch im Bereich ihrer persönlichen und beruflichen Entwicklung unterstützen. Junge Menschen müssten über die Bildungspolitik auch ihre Identität entwickeln können und Kenntnisse und Kompetenzen erwerben können. Die Zusammenarbeit mit anderen MS auf EU Ebene könne einen wesentlichen Beitrag leisten, dabei besonders wichtig sei der Austausch bewährter Praktiken, die Koordinierung durch die EK und das Zurückgreifen auf Erasmus +.

**LT** begrüßte, dass man im Zusammenhang mit der Radikalisierung einen erweiterten Ansatz verfolge und dass Propaganda ebenfalls aufgenommen worden sei. Wenn man eine positive Identitätsentwicklung junger Menschen wünsche, funktioniere dies nur über Zusammenarbeit und den Abbau von Barrieren. Man habe national ein Projekt mit dem Schwerpunkt Jugend ins Leben gerufen, bei dem staatliche und nicht staatliche Stellen zusammengearbeitet hätten, dafür seien auch integrierte Netze notwendig gewesen sowie die Wahl einer richtigen Methode um die Zusammenarbeit der Institutionen zu gewährleisten. Auch habe man Veranstaltungen auf kommunaler Ebene abgehalten um bei der Identitätsbildung zu helfen und konnte mehr Menschen in Jugendzentren einstellen.

**FI** merkte an, Engagement sei der erste Erfolgsfaktor für die Arbeit mit Jugendlichen. Man wolle jungen Menschen helfen Lebenskompetenzen und Beschäftigungsfähigkeit zu erlangen, aus diesem Grund habe man die Jugendgarantie gestärkt und ein one stop Beratungszentrum eingerichtet. So wolle man ein Modell fördern, bei dem ein einzelner Akteur für einen jungen Menschen zuständig sei. Eine zweite Vorbedingung sei die Zugänglichkeit der Dienste. Mit den derzeit angebotenen Diensten könne man 60% der Jugendlichen national erreichen. Eine dritte Vorbedingung sei die Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Sektoren. Die one stop Beratungsdienste seien ein kollektives Bemühen, junge Menschen könnten bei der Planung mitreden, so werde die positive Entwicklung der Jugendlichen unterstützt.

**BE** hob hervor, man müsse für das aktuell diskutierte Problem ständig neue Lösungen suchen auch weil sich die Herausforderungen laufend neu darstellten. National versuche man die verschiedensten Formen der Unterstützung von jungen Menschen zu finden und diese zu integrieren. Man verfolge eine sektorübergreifende Politik für Kinder und Jugend, diese wäre auf föderaler Ebene 2015 gestartet worden. Nun wolle man die lokalen Zentren für die Koordinierung stärken. Ein solches Zentrum sei eben in Lüttich eingerichtet worden, dort beschäftige man sich mit Jugendlichen in Schwierigkeiten, das Zentrum ermögliche Kontakte mit anderen Einrichtungen. Weiters gebe es sektorübergreifende Einrichtungen im Bereich Kultur und Jugend, damit trage man zur Identitätsbildung junger Menschen bei. Man habe in einigen Gemeinschaften in BE auch

strategisch angesetzt, man versuche eine gemeinsame Sprache zu finden, alle Beteiligten müssten sich die Strategien selbst zu Eigen machen, dies nehme Zeit in Anspruch. Die Autonomie und Besonderheiten jeder Gemeinschaft würden ebenfalls berücksichtigt werden, man wolle einen globalen und offenen Ansatz verfolgen. Dazu habe man Module entwickelt, die den sozialen und kulturellen Einrichtungen dabei helfen würden Partnerschaften mit den jungen Menschen einzugehen. Ein weiteres Beispiel habe die flämische Gemeinschaft entwickelt, dort würden Ausbildungen für junge Menschen angeboten, bei denen sie ihre Talente nutzen und Selbstvertrauen gewinnen könnten. Ratsintern sollten die verschiedenen Formationen in einer besseren Beziehung zueinander stehen, man könne auch bi- und trilateral zwischen den MS viel erreichen, wie die BE-FR Kooperation gegen Radikalisierung aufzeige, man könne auch Expertengruppen einsetzen, es könne ein Peer Review erfolgen oder man könne sich Experten bedienen. Man müsse die Strategien langfristig ansetzen, die aktuelle Strategie laufe bis 2018.

**ES** wies darauf hin, dass sich insbesondere die Jugend sozialen Problemen ausgesetzt sehe, viele dieser Probleme seien gar nicht die Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise sondern eines neuen gesellschaftlichen Kontextes. Man müsse eine andere Art der Politik machen und ergreifen, damit die Jugendlichen eine starke Persönlichkeit entwickeln würden und sich aktiv und friedlich in die Gesellschaft einbringen würden. Politik müsse präventiv gestaltet werden, sodass die Jugendlichen zukunftsstark gemacht würden, sie müsse aber auch korrigierend eingesetzt werden um Jugendlichen zu helfen, die Gefahr liefen marginalisiert zu werden. Man benötige weitgehende Reformen im Bildungssystem bzw. im System der Pflege gesellschaftlicher Beziehungen. Man müsse die gesellschaftliche Eingliederung verbessern, die Sozialdienste müssten effizienter werden. Soziale Akteure müssten intensiver zusammengebracht werden. Bei der gesellschaftlichen Inklusion müsse man von gleichen Rechten und Chancen für alle ausgehen, auch eingehen müsse man auf die Bedürfnisse von kritischen Gruppen wie Jugendlichen, damit man ihnen die Möglichkeit der Selbstverwirklichung und Entwicklung gebe. Man müsse die aktuellen Probleme von Jugendlichen analysieren ebenso wie die Gruppen von Jugendlichen, die besonders große Probleme hätten. Öffentliche und private Organisationen auf nationaler aber auch EU Ebene müssten besser koordinieren können um so Lösungen zu finden auf Probleme, mit denen die Jugendlichen zu kämpfen hätten. Die betroffenen Gruppen selbst müssten gut eingebunden werden. Es sei nicht nur wichtig Politik zu machen sondern diese dann auch umzusetzen, und anschließend zu evaluieren, was daraus geworden sei.

**BG** wies auf den Zusammenhang dieses Themas mit dem Radikalisierungs- und Intoleranzthema hin, wenn man sich eine demokratische Gesellschaft wünsche, müsse man junge Menschen miteinbeziehen. Junge Menschen müssten in die Lage versetzt werden, kritisch zu denken und müssten Selbstansätze entwickeln können um mit kritischen Situationen friedlich umgehen zu lernen. Die Jugendpolitik müsse hier integriert und sektorübergreifend agieren, junge Menschen müssten einbezogen werden wie auch die Familien, Jugendzentren und die sozialen Dienste. In BG gebe es einen Jahresplan für die Umsetzung der nationalen Jugendstrategie, dieser Plan werde unter Teilnahme von 17 Ministerien entwickelt unter Beiziehung der kommunalen Ebene. Es seien auch schon zwei beratende Einrichtungen geschaffen worden, dies sei einerseits der nationale Jugendrat und andererseits ein Rat, der dem Jugend- und Sportministerium unterstellt sei, diese könnten Politiken und Gesetzesentwürfe kommentieren und würden Maßnahmen vorschlagen. Über das nationale Jugendprogramm würden auch diverse Jugendzentren finanziert. Auch würden Jugendliche mit informellen Maßnahmen dort weiter gebildet, diese Zentren arbeiteten in Partnerschaft mit den lokalen Behörden um Partnerschaftsnetze in verschiedensten

Bereichen entstehen zu lassen. Auf EU Ebene müsse man mehr Informationsaustausch vorsehen, national habe man eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Jugend- und Bildungssektor, es müssten aber auch noch andere Sektoren mit einbezogen werden. Auch müsse man an die Auswirkungen aller Politiken auf die Jugendlichen denken. Ein aktiverer Informationsaustausch unter den MS könnte ebenfalls eine positive Wirkung entfalten.

**UK** verfolge ebenfalls einen integrierten Ansatz gemeinsam mit verschiedensten Akteuren um auf den Bedarf junger Menschen einzugehen. Das nationale Bürgerdienstprogramm sei für 15 bis 17 Jährige verfügbar, diese würden an einem dreiwöchigen Programm teilnehmen, bei dem eine Reihe von Freizeitaktivitäten organisiert würde. Die Teilnehmer seien mit anderen Schülern untergebracht und erarbeiteten ein Gemeinschaftsprojekt, danach finde eine Feier statt im Rahmen derer die Jugendlichen ausgezeichnet würden. Nach Absolvierung dieses Programms zeige sich, dass die Teilnehmer ein stärkeres Selbstvertrauen hätten und sie sich wohler im Umgang mit Menschen mit verschiedensten Hintergründen fühlten. Dieses Programm sei von der Regierung mit über 1 Mrd. Euro über die nächsten vier Jahre finanziert, dies seien 65 Euro heruntergebrochen auf jeden Teilnehmer. Bis 2023 sollten weitere 300.000 junge Menschen an diesem Programm teilnehmen können. Man habe in der Durchführung des Programms administrative Schwierigkeiten unter anderem beim Aufbau der Beziehung zwischen dem Ministerium und der Stelle, die dieses Programm verwalte aber auch zwischen den Stakeholdern des Programms. Der Erfolg sei nur dann gewährleistet, wenn alle Partner eng zusammenarbeiteten, auch wäre eine Koordination der regionalen und nationalen Partner notwendig, die Projekte müssten auch derart gestaltet werden, dass sie den lokalen Bedarf berücksichtigten. Der Austausch guter Praktiken auf MS Ebene sei hilfreich ebenso wie das vom VS erstellte Kompendium der MS Praktiken.

**CZ** verwies auf die nationale Jugendkammer, welche die Tätigkeit der Staatsverwaltung im Bereich der Jugendpolitik koordine. Diese Kammer äußere sich auch zu Parlamentsvorschlägen iZm der Kinder- und Jugendpolitik. Zur erfolgreichen Implementierung der Jugendpolitik seien dreizehn thematische Arbeitsgruppen eingerichtet worden, die die strategischen Ziele der Jugendpolitiken erheben und auswerten würden. Bereichsübergreifende Zusammenarbeit solle auch im Zusammenhang mit der Jugendarbeit berücksichtigt werden. Die Zusammenarbeit auf EU Ebene müsse die nationalen Realitäten respektieren und andererseits auf der effizienten Suche einer möglichen Zusammenarbeit basieren. Die Arbeiten auf EU Ebene solle sich auf die Stärkung des gegenseitigen Lernens konzentrieren sowie auf den Austausch der bewährten Praktiken. Man begrüße die Einrichtung der Arbeitsgruppe zur Jugendarbeit.

**Sieckelinck** hielt abschließend fest, seiner Meinung nach könne das Anbieten von Bildung nicht nur über ein Angebot von Arbeitsplätzen erfolgen, man müsse sich dem kreativer nähern und versuchen die Resistenz junger Menschen gegen Beeinflussung durch demokratische Erfahrung zu erhöhen. Dies müssten nicht große europäische Vorhaben sein, sondern oftmals seien die Lösungen einfacher, als man sich diese vorstelle.

**Kom Navracsics** merkte abschließend an, im Kern ginge es darum, wie ein Jugendlicher eine Persönlichkeit entwickeln könne, dass aus ihm ein anständiger Bürger einer demokratischen Gesellschaft werde und dies auf Werte gestützt, dass dieser Jugendliche einen Beitrag zu einer demokratischen Gesellschaft leiste. Es existiere keine Lösung von der Stange zu diesem Problem, die Identitätsfindung und Demokratisierung geschehe immer individuell. Die Rolle der Gemeinschaften, die gut

vernetzt seien und zusammenhielten, die die Persönlichkeitsentwicklung eines Jugendlichen mittrügen und möglich machten, das wäre das wichtige Element. Der sektorübergreifende Ansatz wäre wichtig, die Entwicklung finde in der Schule, bei Freunden, im Sportverein, in der Familie unter den Nachbarn mit anderen Jugendlichen statt, dort wo das tägliche Leben stattfindet. Die entscheidende Frage sei, wie die EK zu den nationalen Aktivitäten beitragen könne. Eine Möglichkeit beizutragen, sei das Erasmus+ Programm, eine andere das Programm Creative Europe. Über Erasmus+ würden sehr viele Programme finanziert und nicht ausschließlich die Studentenmobilität. Es existiere auch finanzielle Unterstützung für die grassroots support Clubs, Sportvereine seien ein sehr gutes Beispiel für soziale Integration, dadurch werde Ausgrenzung aus der Gesellschaft vermieden. 400 Mio Euro stünden noch für Projekte von transnationalen Partnerschaften zur Verfügung zur Entwicklung von innovativen Maßnahmen. Teil der Umsetzung der Erklärung von Paris sei, dass man eine Ausschreibung iHv. 13 Mio Euro gemacht habe, für die soziale Integration von Jugendlichen. Freiwilligenarbeit von Jugendlichen sei ebenfalls unterstützt worden. Der europäische Freiwilligendienst feiere dieses Jahr sein zwanzig jähriges Bestehen, die finanzielle Ausstattung werde ab kommendem Jahr aufgestockt, bis 2019 wolle man die 200.000 Freiwilligen erreicht haben, die man sich als Ziel gesetzt habe. Was Erasmus+ angehe, werde man bis 2020 immer stärker aufstocken und zwar um 10% pro Jahr, dies bedeute 2020 um 40% mehr Geld als bisher. Daher müsse aber auch gleichzeitig im nächsten mehrjährigen Finanzprogramm berücksichtigt werden, dass Erasmus+ mehr Geld bekommen müsse. Auch das Programm kreatives Europa sei wichtig, die kreativen Fähigkeiten seien im Diskussionsverlauf ebenfalls angesprochen worden, dieses Programm sei für das Leben aber auch, um sich sozial zu verwirklichen, wichtig. Was das europäische Jugendorchester angehe, sei es auch durch dieses Programm unterstützt worden. In diesem Programm arbeite man auf Jahres- und Projektbasis. Einlangende Anträge würden von einer unabhängigen Jury bewertet werden. Wenn Entscheidungen von Personen getroffen würden, die unter einem arbeiteten, sei man trotzdem dafür verantwortlich, die Jury habe festgestellt, dass die Qualität des Antrags des Jugendorchesters im laufenden Jahr von geringer Qualität gewesen sei, daher habe man diesen Antrag abgelehnt. Gleichzeitig wisse man, wie positiv das Jugendorchester wirke. Durch das gemeinsame Musizieren würden ganz andere soziale Fähigkeiten trainiert. Dieses Jahr bekomme das Jugendorchester keine Förderung, aus diesem Grund müsse man versuchen, die Unterstützung anderweitig aufzutreiben. Auch würde für dieses Jugendorchester ein anderes Antragsverfahren benötigt, eine jährliche Antragsstellung sei nicht länger tragbar. Man suche aktuell nach einer guten Lösung und guten Finanzierungsmöglichkeiten, damit dieses Projekt längerfristig finanzierbar sei.

Abschließend hielt der **VS** fest, es gebe einige gemeinsame Themenbereiche. Erstens dürfe man nicht vergessen, wie wichtig die Bildungspolitik iZm der Jugendpolitik sei. Dies sei nicht nur im Zusammenhang mit dem Thema Radikalisierung so, man müsse den jungen Menschen auch Lebenskompetenzen mit auf den Weg geben, diese würden immer wichtiger. Eine bessere und engere Kooperation sei ebenfalls wichtig, wie das FR-BE Beispiel auf internationaler Ebene belege. Man benötige eine solide Zusammenarbeit auf professioneller Ebene, das was man auch als die grassroots Ebene bezeichne. Eine Sozialpolitik 3.0 werde benötigt um einen sinnvollen neuen Ansatz bei sich neu stellenden Gesellschaftsfragen zu haben. Auch der sozioökonomische Ansatz sei angesprochen worden, dieser spiele keine geringe Rolle. Arbeit, Wohnung und Bildung seien die Grundbedürfnisse die man unbedingt bedienen müsse. Neue Möglichkeiten die Jugendlichen einzubinden, würden benötigt, einerseits in Politikdebatten, in formelle und informelle Panels und Foren. Sport und Kunst seien beispielsweise solche Möglichkeiten der Einbindung junger Menschen. Lösungen könnten nur langfristig gefunden werden, es gebe keine kurzfristigen Lösungen. Zur Findung dieser Lösungen würden Geduld, Geld, ein langer Atem und eine klare

Vorstellung von einer gemeinsamen europäischen Zukunft benötigt. Daher müsse man zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen.

### **Sonstiges**

#### **8. c.) Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes - Informationen der slowakischen Delegation**

Der kommende SK **VS** stellte die Prioritäten ab 1.7.2016 kurz vor. Sein Schwerpunkt liege auf der Talentförderung, dies wolle man unter dem Titel „Fostering and Development of Talent“ abarbeiten, denn davon hänge die Zukunft Europas und der Bürger von morgen ab. Man wolle Humankapital fördern, Talente entwickeln, dies wirke sich positiv auf die Selbstentwicklung junger Menschen aber auch auf die Wettbewerbsfähigkeit aus und vermeide soziale Ausgrenzung.

Der Jugendbereich solle sich allgemein mit diesem Thema befassen, Talente aufzeigen und diese als neuen Ansatz in der Jugendarbeit weiterentwickeln. Jugendarbeit müsse attraktiv sein und gleichzeitig Kenntnisse, Fertigkeiten und Wissen vermitteln, damit sich junge Menschen zurecht fänden. Die Ratsschlussfolgerungen über diese neuen Ansätze der Jugendarbeit zur Talentförderung sollten den Ausfluss dieser Bemühungen im Rat darstellen mit dem Titel „New approaches in youth work in order to develop the potential and talent of young people and their inclusion in society“. Auch befinde man sich nun im fünften Zyklus des strukturierten Dialoges, der unter dem Titel „Ready for Life, Ready for Society“ laufe, dazu werde es Konsultationen und eine Jugendkonferenz in Košice im Oktober 2016 geben. Das Generaldirektorentreffen schließe an diese Jugendkonferenz an. Dort würde besprochen, wie man Talente bei jungen Menschen entwickeln könne. Ebenfalls hingewiesen wurde auf eine Konferenz zur „Roma Jugend“ und den Jugendministerrat am 21. und 22. November 2016.

Für den Bericht: Attaché Mag. Claus Binder | AL Mag. Andreas Schneider